Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 119 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 bends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 11. März

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 40 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2,00 ℳ Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

„Deutschnationale Niederlage in Merseburg"

Als wichtigste Veröffentlichung in ihrer gestrigen Abendausgabe brachte die demokratische „Saalezeitung" an der Spitze des Blattes unter obiger Ueberschrift in auffallendem Fettdruck folgende Meldung:

„Zum ersten Vorsitzenden des Provinzialausschusses wurde in den heutigen Mittagstunden der Führer der Magdeburger Mehrheitssozialdemokraten, Oberbürgermeister Beims, mit 67 von 132 Stimmen gewählt."

Wer den Hergang der Wahl kennt, wird sich der zum mindesten humoristischen Wirkung dieser Meldung nicht verschließen können. Bei der Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses hatten nämlich die Demokraten mit den beiden nationalen Parteien eine gemeinsame Liste aufgestellt und sich auf den Oberbürgermeister von Halle, Herrn Dr. Rive, als Kandidaten für den Posten des Vorsitzenden, geeinigt. Diese Liste, auf die 62 Stimmen entfielen, unterlag aber gegen die Liste der Mehrheitssozialisten, für die 67 Stimmen abgegeben wurden. Wenn somit an Stelle des gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten Rive der Sozialdemokrat Beims gewählt wurde, so ist es, sollte man meinen, ebensosehr eine demokratische wie deutschnationale und deutschvolksparteiliche Niederlage. Das demokratische Parteiorgan in Halle aber stempelt diese gemeinsame bürgerliche Niederlage zu einer Niederlage der Deutschnationalen. Damit dokumentiert die „Saalezeitung" zweierlei: 1. daß die Deutschnationale Volkspartei eo ipso das gesamte Bürgertum repräsentiert, und 2. daß die Demokraten, wennschon sie einmal mit den nationalen Parteien zusammengehen, sie doch mit ihrem Herzen auf der Seite der Sozialdemokratie stehen. Bei dieser Niederlage des Bürgertums bekundet die „Saalezeitung" nicht etwa Mißstimmung über einen sozialdemokratischen Erfolg, sondern ganz unbändige Freude darüber, daß der gemeinsame bürgerliche Kandidat, der sich zur Deutschnationalen Volkspartei rechnet, unterlegen ist.

Uebrigens scheinen einige Demokraten zu diesem Wahlergebnis auch praktisch beigetragen zu haben. Es sind nämlich vier unbeschriebene Zettel abgegeben worden. Da die übrigen bürgerlichen Abgeordneten vollzählig gewählt haben und man nicht annehmen kann, daß Sozialdemokraten weiße Zettel abgegeben haben können, können diese vier unbeschriebenen Zettel nur von Demokraten stammen, die nach bekannter Manier trotz Abmachung in letzter Stunde umgefallen sind.

Kultusminister Haenisch für den Deserteurprofessor Nicolai

Wir meldeten in der gestrigen Morgenausgabe das Urteil des Senats der Berliner Universität, wonach Herr Nikolai von dem Lehramt ausgeschlossen wird. In dieser Angelegenheit wird W. T. B. jetzt von dem sozialdemokratischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Haenisch zu folgender Mitteilung bemüßigt:

„Man kann über die Art, in der Professor Nikolai seiner Ueberzeugung während des Krieges Ausdruck verschaffte, verschiedener Ansicht sein. Aber eine akademische Behörde kann nicht zur Verurteilung schreiten auf Grund von Handlungen, die unter eine allgemeine Amnestie der vom Volke gewählten Regierung fallen. Auch kann der Senat als eine rein wissenschaftliche Verwaltungsbehörde für ein politisches Urteil nicht als zuständig angesehen werden. Eine Disziplinarbefugnis steht ihm einem außerordentlichen Professor gegenüber nicht zu. Sein Spruch hat also keinerlei rechtliche Folgen. Dagegen kann auch nicht eingewandt werden, daß sich der Professor Nikolai dem Urteil des Senats freiwillig unterworfen habe, denn er hat sofort schriftlich Protest erhoben, als der Senat die Untersuchung vom akademischen auf das politische Gebiet verlegt hat. Zwar hat der Senat in seinem Urteil den ordnungswidrigen Eingriff der Studierenden in die Lehrfreiheit mißbilligt. Aber er geht mit Stillschweigen über die Tatsache hinweg, daß es dem Rektor der Universität nicht gelungen war, die akademische Disziplin zu bewahren. Angesichts dieser Tatsache fühle ich mich im Interesse der unter allen Umständen aufrechtzuerhaltenden Lehrfreiheit verpflichtet, Professor Nikolai, falls er seine Vorlesungstätigkeit fortsetzen will, bei Ausübung seines Amtes zu schützen und die akademische Ordnung mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln innerhalb der Universität zu sichern."

Fristverlängerung in der Entschädigungsfrage

Amsterdam, 10. März.

„Telegraaf" meldet aus London, daß das Wirtschaftsmemorandum den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungssumme machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert hat.

Paris, 10. März.

Im wirtschaftlichen Memorandum des Obersten Rates wird als Notwendigkeit die sofortige Sicherung der Lebensbedingungen, wie sie zu Friedenszeiten existierte, betont. Dies könne nur durch Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen erreicht werden. Es sollen keine künstlichen wirtschaftlichen Schranken errichtet werden. Die Arbeitsleistung soll zur Hebung der Produktion gefördert werden. Es sollen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um das Schwinden von Kredit und Geldumlauf aufzuheben. Denjenigen Ländern, die infolge des Standes der Valuta ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, soll die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs ermöglicht werden. Der Lage der verwüsteten Gebiete wird besonders Rechnung getragen werden. Die zum Wiederaufbau nötigen Summen sollen auf dem Anleihewege beschafft und durch die Wiedergutmachungskommission garantiert werden.

Die Agitation gegen Millerand

Genf, 10. März.

In der parlamentarischen Welt Frankreichs wird gegenwärtig eine heftige Agitation gegen den Ministerpräsidenten Millerand betrieben, die bisher nur deshalb noch nicht öffentlich zutage trat, weil mit Rücksicht auf den Erfolg der augenblicklich zur Zeichnung aufliegenden Anleihe die Parteien und Zeitungen noch bis zum 20. März zur „heiligen Einigkeit" verpflichtet sind. In den Kulissen der Kammer wird unterdessen jedoch stark darauf hingearbeitet, Millerand zum Rücktritt zu bringen und einem offenen und nationalistischen Ministerium unter der Leitung Barthous Platz zu machen. Man wirft Millerand vor, daß er den ausständigen Eisenbahnarbeitern zu weit entgegengekommen sei und daß er bei den Londoner Verhandlungen nicht gleich energisch genug gegen den ersten Versuch zur Revision des Versailler Friedensvertrages vorgegangen sei. Der Feldzug Clemenceaus findet auch Unterstützung bei ehemaligen Mitarbeitern Clemenceaus und Tardieu nimmt bereits im „Petit-Parisien" das Wort, um den Versailler Friedensvertrag gegen jede Abschwächung zu schützen. Herr Barthou hat selbst eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht, deren Verhandlung jedoch ebenfalls mit Rücksicht auf die Anleihe bis zum Ende der nächsten Woche vertagt worden ist. Unterdessen hat Barthou die Vorstände der republikanischen Parteigruppen zu gemeinsamen Besprechungen herangezogen und dabei förmliche Anklagen gegen die Regierung erhoben. Als er schließlich jedoch den Antrag stellte, sein nationalistisches Programm der Regierung als Ultimatum zu unterbreiten, stieß er bei den Vertretern der radikalen Partei auf Widerstand und mußte sich schließlich damit zufrieden geben, daß dem Ministerium nur einige Wünsche unterbreitet werden in bezug auf die Neuregelung des Koalitionsrechts der Industriearbeiter.

Die französischen Jagdräuber

Gestern mittag erschien in Wernitz eine französische Kommission mit zwei Offizieren in Zivil, um die Leiche des erschossenen Franzosen abzuholen. Es wurde erklärt, daß der Tote vorläufig nach dem Berliner Schauhause gebracht werden solle. Da jedoch eine behördliche Erlaubnis zur Ueberführung der Leiche nicht vorlag, wurde die Amtsstelle telephonisch benachrichtigt, und der Transport wurde vorläufig nicht gestattet. Nachmittags traf ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Berlin in Wernitz ein, um dortselbst weitere Erhebungen anzustellen. Der geflüchtete französische Soldat wurde in Döberitz festgenommen. Bei der Festnahme sagte einer der Ueberraschten, der ein wenig Deutsch sprach: „Ein Mann kaputt, Allemagne muß bezahlen." Die Franzosen gestanden bei ihrer Vernehmung an Ort und Stelle, daß sie die Fahrt mit dem Auto ohne Wissen ihrer Vorgesetzten angetreten hätten, und daß sie um 7 Uhr abends wieder in Berlin sein mußten, da sie um diese Zeit Dienst hätten.

Als die Entente nach der Niederwerfung Deutschlands daranging, das Reich und namentlich seine großen Städte mit militärischen Kommissionen aller Art zu überschwemmen, versuchte unsere Regierung, mit dem Hinweis auf die enormen Kosten dieser Entsendungen und auf die immer mehr anschwellende Wohnungsnot in Stadt und Land, eine Herabminderung des Personalbestandes dieser Missionen zu erwirken. Im großen und ganzen blieben ihre Bemühungen ohne Erfolg. Die feindlichen Regierungen erklärten, daß sie die Zahl ihrer Beauftragten ohnehin auf das Notwendige beschränken würden. Jetzt wissen wir, wie auch dieses Versprechen gehalten worden ist. Da residiert in der Fasanenstraße in Charlottenburg eine französische Flugüberwachungskommission, deren Mitglieder in Berlin selbst so wenig zu tun finden, daß sie sich ihre Zeit mit Wilddiebereien großen Stils durch die Mark hin vertreiben können; oder sie vergnügen sich mit weit ausgedehnten Hamsterfahrten, je nachdem. Ein großes Tourenauto steht ihnen jederzeit zur Verfügung, und so können sie bald hier, bald dort auftauchen, um auf ihre Weise deutsches Jagdwild zu „requirieren". Mit Waffen verschiedener Art wohl ausgerüstet, streifen sie auf dem Lande umher und kümmern sich den Teufel um die von deutschen Behörden verordneten Schonfristen. In Wernitz sind sie schließlich an den Unrechten gekomen; die dortigen Bauern hatten sich sehr verständigerweise im Wege der Selbsthilfe zu einer Einwohnerwehr zusammengeschlossen, schwerlich in der Erwartung, es jemals mit anderen als deutschen Wildfrevlern zu tun zu bekommen. Statt dessen sind ihnen plötzlich acht französische Soldaten ins Garn gelaufen, von denen einer bei dem peinlichen Renkonter sein Leben lassen mußte.

Die weitere Verfolgung der Angelegenheit liegt nunmehr in der Hand des — Auswärtigen Amtes, was besagen will, daß ihre Erledigung nach den Erfordernissen des deutschen Ansehens und der deutschen Ehre durchaus gesichert ist. . . Wir möchten aber doch annehmen, daß Herr Müller schon heute alles Nötige veranlassen wird, um den Franzosen klarzumachen, daß sie kein Recht haben, überall in Deutschland, wo es ihnen gerade gefällt, wie hungrige Wölfe einzubrechen und friedliche deutsche Bauern in ihrem rechtmäßigen Jagdbesitz zu vergewaltigen. Spötter und Zweifler könnten freilich behaupten, von Herrn Müller sei umgekehrt eher zu gewärtigen, daß er in erster Reihe die Franzosen wegen der Tötung eines ihrer Landsleute um Entschuldigung bitten, alles andere aber dem „Wohlwollen", dem „Entgegenkommen", der „Einsicht" der Ententemission überlassen werde, in der Hoffnung, und in dem Vertrauen, auf diese oft schon so herrlich bewährte Art und Weise der deutsch-französischen Verständigung im besonderen und dem Weltfrieden im allgemeinen am besten zu dienen. Die Spötter und Zweifler werden, wollen wir hoffen, aber diesmal sicherlich im Unrecht bleiben. Nur aufgepaßt, Herr Müller ist schon drauf und dran, gegen die fremdländischen Gesetzesfrevler energisch vom Leder zu ziehen!

Verfassungswidrige Nationalversammlung

Reichseinkommensteuer. — Kapitalertragssteuer. — Körperschaftssteuergesetz.

Berlin, 10. März.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten und teilt mit, daß er anläßlich der am Sonntag bevorstehenden Abstimmung in der zweiten Zone in Schleswig in Uebereinstimmung mit den Parteiführern an die dortige deutsche Presse ein Telegramm gerichtet habe des Inhalts, daß die Nationalversammlung in schicksalsschwerer Stunde den deutschen Brüdern wärmste Grüße sende. Was deutsch ist, müsse deutsch bleiben. Möge der 14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland zuversichtlich erwartet. (Beifall.)

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu Paragraph 12 wird ein Antrag Dr. Blunck (Dem.) angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grundstücken vor dem 1. August 1914 die zehnjährige Frist als erfüllt gilt.

Bei Paragraph 13 entspinnt sich eine Debatte über die Anträge Arnstadt, die für den Betrieb notwendigen Rückstellungen für Erneuerungen als abziehbar von den Einkünften festzusetzen, und ebenso einen Teil der Beträge für kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen.

Unterstaatssekretär **Mösle** bittet die Anträge abzulehnen wegen der Notlage des Reiches, trotzdem manches für sie spräche.

Bei der Abstimmung wird Hammelsprung notwendig. Auf Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten wird gesondert abgestimmt über das Freibleiben von Beiträgen an kulturfördernde, mildtätige und gemeinnützige Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmen 117 Abgeordnete, dagegen 104 Abgeordnete. Der Antrag ist angenommen. Der Antrag, auch die politischen Vereinigungen einzubeziehen, wird ebenfalls angenommen. Der Antrag wegen der Rückstellungen wird abgelehnt. Weitere Paragraphen werden mit geringen Abänderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Zu Paragraph 23 (Waldnutzungen) wird auf Antrag Gruber (Soz.) der Absatz 1 (Regierungsvorlage) gestrichen. Da hierdurch der Absatz 2 (Zusatz des Ausschusses bezw. der zweiten Lesung) mit den dazu neu gestellten Anträgen in der Luft hängt, wird die Abstimmung behufs Umredigierung bis morgen zurückgestellt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Abänderungen angenommen. Die Gesamtabstimmung soll morgen stattfinden.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Kapitalertragssteuergesetzes.

Abg. Dr. **Richter** (Dem.): Die wirtschaftlich erträglichen Grenzen der Steuerbelastung scheinen uns doch durch die rohe Form dieses Gesetzes mehrfach überschritten zu werden, zumal die persönlichen Verhältnisse der Steuerzahler nicht berücksichtigt werden. Wir müssen freilich den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches berücksichtigen, und deshalb werden wir trotz schwerer Bedenken für das Gesetz stimmen.

Zu Paragraph 8, Befreiung von der Steuer, beantragt Abg. **Ziegler** (Dem.) einen Zusatz, wonach auch öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, befreit werden.

Der Antrag wird angenommen. Weiteren Absätzen des Paragraphen 3 wird nach gemeinsamen Anträgen der Mehrheitsparteien in abgeänderter Fassung gegeben. Der Rest des Gesetzes wird mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung.

Die zweite Beratung des Körperschaftssteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. **Gruber** (Soz.) beantragt in Paragraph 10 eine Besteuerung der toten Hand.

Unterstaatssekretär **Mösle** und eine Reihe von Abgeordneten sprechen dagegen. Der Antrag sei eine Demonstration und gehöre allenfalls in eine Vermögenssteuer, nicht aber in die Ergänzung zur Einkommensteuer.

Der Antrag **Gruber** wird in namentlicher Abstimmung mit 129 gegen 96 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen abgelehnt.

Zu Paragraph 11 b beantragt Abg. Dr. **Becker**-Hessen (D. Vpt.) eine Einfügung in das Einkommensteuergesetz an geeigneter Stelle, wonach die Doppelbesteuerung bei Erwerbsgesellschaften und besonders bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gemildert werden soll.

Regierungsseitig wird dagegen gesprochen. Der Antrag würde die darin genannten Körperschaften gegenüber anderen bevorzugen.

Der Vertreter Preußens spricht für den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt. **Der Rest des Gesetzes** wird mit einigen Abänderungen gemäß **den Anträgen der Mehrheitsparteien** angenommen.

Morgen 1 Uhr: Anleihedenkschrift, Biersteuergesetz, Abstimmung über Reichseinkommensteuer, Landessteuer usw.

Schluß nach 6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X19200311-11/fragment/page=0001
DFG

Erzberger der Edelstein, dem das Zentrum die Fassung geben wird

Der Vorstand der Bezirksgruppe Heiligenstadt der Deutschnationalen Volkspartei hat in Nr. 51 des „Eichsfelder Tageblattes" vom 29. Februar d. J. eine Erklärung veröffentlicht, die ein bezeichnendes Licht auf die in manchen Zentrumskreisen herrschenden Anschauungen wirft. Der in der Erklärung genannte Propst Poppe war früher Reichstags-Abgeordneter.

Der Herr Propst Poppe von hier sagte in unserer Versammlung vom 11. Februar, „man sollte ein- für allemal die häßliche Lüge begraben, daß die Friedensresolution die Ursache für den Niedergang der Stimmung gewesen sei".

Daß diese Resolution im Lande und bei unseren Truppen höchst ungünstig gewirkt und die Siegeshoffnung der Feinde neu belebt hat, ist die Erfahrung und Ueberzeugung von Millionen redlicher Deutscher, wie ja auch viele Aeußerungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, im Erzberger-Helfferich-Prozeß, Ludendorffs Worte in seinem Buch und mündliche wie schriftliche Aeußerungen ungezählter Angehöriger der ehemaligen Wehrmacht beweisen. Deshalb weisen wir es mit Entrüstung zurück, daß diese Ueberzeugung und ihre Geltendmachung von einem, der anders denkt, einfach als Lüge bezeichnet wird. Der Herr Propst Poppe sagte ferner: „Die Presse Ihrer (der Deutschnationalen) Partei hat seit Jahren so maßlos gegen Erzberger gehetzt, daß ich mich sehr oft fragte: Wann kommt der grüne Junge, der die Mordwaffe gegen ihn erhebt? . . . Er konnte gar nicht ausbleiben."

Demgegenüber bemerken wir, daß die Führer der Deutschnationalen Volkspartei wiederholt und öffentlich erklärt haben, daß dies Attentat bedauerlich und verwerflich sei. Solche Beschuldigungen zu erheben, sollte sich zudem der Vertreter einer Partei hüten, deren führendes Blatt (die „Germania") das Kissinger Attentat des Böttchergesellen Kullmann auf Bismarck im Jahre 1874 als „Verdichtung des katholischen Zornes über die Bismarckische Kirchenpolitik in einem katholischen Kopfe" bezeichnete, während der Meuchelmörder selbst aussagte, daß er durch aufreizende Schriften und Reden im katholischen Gesellenverein zu Salzwedel zu seiner Tat veranlaßt worden sei. Noch ein Wort über die Verhimmelung Erzbergers durch den Herrn Propst Poppe. Herr Propst Poppe nannte ihn den Edelstein, dem das Zentrum die Fassung geben würde. Wir gönnen ihn neidlos denen, die ihn als Edelstein beanspruchen.

Wie das alte System über Erzbergerei dachte

Das demokratisch-parlamentarische Kabinett hat es bekanntlich nicht für nötig gehalten, sofort gegen Exzellenz Helfferich vorzugehen, als dieser im vergangenen Sommer seine schweren Angriffe gegen Erzberger richtete. Helfferich hat förmlich darum kämpfen müssen, daß die Regierung die gerichtliche Untersuchung über seine Anklagen gegen Erzberger einleitete.

Wie dagegen Wilhelm I. gegen (grundlose) Verleumdungen eines seiner Minister vorging, zeigt ein Brief vom 18. März 1860 an König Georg von Hannover. Es verlohnt sich, ihn einmal wieder hervorzuholen, um zu zeigen, wie fein früher das Gefühl für Ehre und Pflicht war. Der Brief lautet:

„Euer Majestät haben im Jahre 1857 im Bade zu Norderney gegen den damaligen preußischen Landrat in Elberfeld, v. Diest, Aeußerungen über den Minister v. d. Heydt getan, welche der v. Diest bei Gelegenheit einer gegen denselben angestrengten Untersuchung in seiner schriftlichen Verteidigung niedergelegt hat. Nach dessen Aufzeichnungen haben nämlich E. M. unter Begleitung von sehr bezeichnenden Ausdrücken über den Minister v. d. Heydt geäußert: derselbe begünstige diejenigen Eisenbahnen, bei denen sein Haus (das bekannte Bankhaus v. d. Heydt in Elberfeld) beteiligt sei, und die, bei denen das nicht der Fall sei, kneife (er), und daß E. M. dies aus sicherster Quelle wüßten. Nachdem diese Aeußerungen zur Kenntnis des Ministers v. d. Heydt gekommen sind, durch die Untersuchung aber auch in weiteren Kreisen bekannt werden mußten, konnte derselbe es nicht unterlassen, die Regierung und demnächst mir selbst Anzeige eines Vorfalls zu machen, der, indem er ein Mitglied der ersten Räte der Krone berührt, nicht nur seine Person, sondern auch mein Gouvernement auf das unangenehmste in die Oeffentlichkeit stellt. Von E. M. Gerechtigkeitssinn darf ich wohl annehmen, mir Gelegenheit geben zu wollen, um die Stellung desselben weiter zu erhalten, demselben mitteilen zu können, entweder, daß der v. Diest E. M. Aeußerungen mißverstanden hat, (oder) daß es E. M. gefallen möge, wenn diese Annahme nicht zutreffen sollte, mir gütigst die sichere Quelle angeben zu wollen, aus welcher jene Ansichten über den Minister v. d. Heydt geschöpft sind, um demnächst gegen den Urheber solcher Gerüchte die Schritte einzuleiten, die entweder die Schuld des Angegriffenen herausstellen werden oder eine Verleumdung zutage fördern müssen. Der gütigen Mitteilung in dieser gewiß sehr zarten Angelegenheit — die mir dieserhalb peinlich, wenngleich Pflicht ist — entgegensehend, zeichne ich E. M. treuergebener Vetter Wilhelm, Pr(inz) v(on) Pr(eußen)."

Den Vergleich mit unseren heutigen Zuständen möge jeder Leser selbst anstellen.

Frankreich und die Ententevorfälle

Neue Forderungen?

Basel, 10. März.

Das „Journal" meldet: Die tätlichen Angriffe auf Mitglieder der französischen Kommission in Berlin und Bremen führten zu eingehenden Beratungen im französischen Ministerium. Sofort nach Vorliegen der ausführlichen Berichte der Berliner diplomatischen Vertretung würde der Rat der Alliierten sich mit dringenden Vorstellungen Frankreichs zu beschäftigen haben, die allem Anschein nach auf neue Forderungen an Deutschland hinausliefen.

*

Die Vernehmung in der Adlonaffaire

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. März.

Heute vormittag wurden die Vernehmungen zur Klärung der Adlon-Affäre vor dem Untersuchungsrichter in Moabit fortgesetzt. Unter andern wurde auch Graf Metternich nochmals eingehend unter Eid vernommen. Er hielt seine bisherigen Bekundungen in vollem Umfange aufrecht. Bei der darauf erfolgten Gegenüberstellung des Belastungszeugen mit den Angeschuldigten konnte Metternich jedoch seine Aussagen in einem Punkte nicht unwesentlich einschränken. Der Vertreter wird nunmehr befragt, ob nicht eine Beschwerde beim Reichsmilitärgericht gegen die Weiteraufrechterhaltung der Schutzhaft einzugehen sei.

Die verschobene Vereinigung mit Dänemark

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Flensburg, 10. März.

Zum großen Schmerz der Dänen wird die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark länger herausgeschoben als man anfangs erwartete. Der anfangs von der internationalen Kommission festgesetzte Termin des 15. April ist schon längst außer Acht gelassen. Wie aus Kreisen, die mit maßgebenden Stellen Fühlung haben, verlautet, dürfte der Termin nicht vor dem Hochsommer zu erwarten sein.

Streik im Elsaß

(Von unserem **-Sonderberichterstatter.)

Straßburg, 10. März.

Wie die elsässische Korrespondenz meldet sind sämtliche Metallarbeiter von Straßburg gestern vormittag infolge Lohndifferenzen in Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden hat sich bis heute auf über 6000 erhöht. Die Streikwelle in Elsaß-Lothringen geht weiter.

Amnestie für das Saargebiet

Berlin, 10. März.

Nachdem der Regierungsausschuß für das Saargebiet seine Tätigkeit aufgenommen hat, legte der zum Reichskommissar für die Uebergabe des Saargebietes ernannte Oberpräsident der Rheinprovinz, von Groote, dem Regierungsausschuß nahe, seine Tätigkeit mit dem Erlaß einer Amnestie zu beginnen und dadurch die schwergeprüfte Saarbevölkerung mit Vertrauen und neuem Mut zu erfüllen. Der Reichskommissar hat, die Amnestie auch allen Personen angedeihen zu lassen, die infolge militärischer Ausweisungen Heimat, Amt und Beruf aufgeben mußten. Der Reichskommissar hat den Regierungsausschuß ferner gebeten, den Behörden des Saargebiets vorläufig die Verbindung mit den Behörden und Korporationen des übrigen Deutschland insoweit zu gestatten, als die Sicherstellung und Durchführung des Lebensmittelbezugs, der Fleischbewirtschaftung, der Kartoffellieferung, der Besatzungstruppen, der Weiterzahlung der Beamtengehälter, Pensionsgebührnisse und Versicherungsgelder für das Saargebiet in Frage kommt. Im Interesse der Saarbevölkerung wäre es sehr zu begrüßen, wenn der Regierungsausschuß die Anträge wohlwollend behandeln würde.

Die Mausoleumseinbrecher

Berlin, 10. März.

Zur Aufklärung der Mausoleumseinbrüche, bei denen man es, wie wir schon mitteilten, wahrscheinlich mit einer Bande von Spezialisten zu tun hat, hat die hiesige Kriminalpolizei auch den Einbruch in Dessau genauer untersucht. Sobald die dortige Schändung hier gemeldet wurde, begab sich Kriminal-Oberwachtmeister Brumme mit einem Flugzeug dorthin, um den Tatort auf etwaige Fingerabdrücke und sonstige Spuren zu besichtigen, und mit dem Charlottenburger Befund zu vergleichen. Die Untersuchung ergab, daß die Verbrecher in Dessau in der gleichen Art vorgegangen sind wie in Charlottenburg. Auch dort haben sie, nachdem sie durch Fenster eingedrungen waren, Gitterstäbe durchgesägt, um in die eigentliche Gruft zu gelangen. Hier jedoch haben sie viel roher gearbeitet, als in der Charlottenburger Gruft. Von fünf Särgen haben sie vier nicht nur äußerlich aufgebrochen, sondern vollständig geöffnet. Auch die Zinksärge haben sie aufgeschnitten, und zwar alle in Brusthöhe, weil sie dort Orden und Schmuckachen vermuteten. An der Leiche des Herzogs Friedrich I. rissen sie von dem Waffenrock die Epauletten ab und untersuchten sie auf ihren Metallwert. Auch die Knöpfe schabten sie an, um ihren Wert zu prüfen. Damit nicht genug, versuchten sie auch die Handschuhe abzustreifen, um die Finger nach Ringen zu untersuchen. Als das nicht gelang, brachen sie die rechte Hand ab, untersuchten sie und warfen sie wieder in den Sarg hinein, weil sie nichts fanden. An der linken Hand schabten sie dann mit dem Messer den Handschuh an. Im Sarge der Gemahlin Friedrichs I., der Herzogin Antoinette, durchwühlten sie das Kopfkissen. Dem Herzog Eduard streiften sie die Handschuhe ab. Aber auch hier fanden sie keine Ringe. Sie rissen dann das Johanniterkreuz, das fest aufgenäht war, mit solcher Gewalt ab, daß Tuchfetzen aus dem Waffenrock mitherausgerissen wurden und die Knöpfe abtrennten. Der Erbprinz Leopold, der in Frankreich fiel, ruht in einem Zeppelinsarg, in dem er nach Dessau gebracht worden war. Auch dieses harte Holz bewältigten die Einbrecher mit roher Gewalt. Sie durchwühlten den Sarg, ohne etwas zu finden. Unberührt ließen sie den Sarg des Herzogs Friedrich II., entweder weil ihnen die Zeit zu kurz wurde, oder weil sie sich nach den bisherigen Mißerfolg auch hier nichts mehr versprachen. Die ganze Beute bestand in dem Johanniterkreuz und einer Verdienstmedaille. Die einzige Spur, die sie sonst hinterließen, ist ein 50-Pfennigschein der Stadt Leipzig. Ein zusammengefnülltes, stark abgenutztes Papier, das längere Zeit schon getragen worden ist, vielleicht in einer Westentasche. Diese Spur, die also nach Leipzig weist, wurde sofort aufgenommen.

Es ist bedauerlich, daß für solche Verbrecher kein Standrecht und keine schärfere Strafe als Zuchthaus besteht.

Ein abgebrühter Revolutionsminister

Die „D. Z." bringt folgende Nachricht.

Die Klage des Bürgermeisters von Grevesmühlen, Dr. von Leitner, gegen den sozialdemokratischen Staatsminister Stirkowich in Schwerin wegen Verleumdung hat zu drei offenen Briefen des Bürgermeisters an den Minister geführt, sich dem Gericht zu stellen, ohne daß dieser den verschiedenen Vorladungen bisher Folge geleistet hätte. Jetzt richtet Dr. von Leitner folgenden vierten offenen Brief an Stirkowich:

Seit einem Jahre ist das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht zu Schwerin gegen Sie wegen Verleumdung und Beleidigung meiner Person eröffnet. Seit dieser Zeit haben Sie es verstanden, sich jedem gerichtlichen Termin zu entziehen, und zwar zuletzt dadurch, daß Sie Ihre Eigenschaft als Mitglied der Nationalversammlung gebrauchten. Jeder andere Angeklagte wird bei fortgesetzter Weigerung, an Gerichtsstelle zu erscheinen, zwangsweise vorgeführt. Im demokratischen Staate sollte man von einem demokratischen Führer auch erwarten, daß er sich eines Sonderrechtes begibt und sich mit seinen Mitmenschen auf gleiche Stufe stellt. Selbst der Reichsfinanzminister Erzberger hat sich Helfferich gestellt und besser und mehr als der Herr Erzberger sind Sie auch nicht. Ich erwarte also, daß Sie dem Gericht einige Tage des nächsten Monats angeben, an denen Sie sich mir stellen werden. Wie sagten Sie damals? „Erscheint er dann nicht, dann spricht er sich selber das Gericht. Dann kommt zur Erbärmlichkeit noch die Feigheit." Hoffentlich ist in Ihrer Wohnung ein Spiegel.

Die Vorlage über die Erhöhung der Posttarife geht noch in dieser Woche der Nationalversammlung zu. Wie wir hören, wird Reichspostminister Giesberts der Nationalversammlung den Nachweis erbringen, daß eine Verminderung der vorgeschlagenen Tarife unmöglich sei, weil sonst in ganz kurzer Zeit eine nochmalige Erhöhung notwendig werde. In eingeweihten Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Tariferhöhung noch nicht die letzte sein werde und spätestens im Herbst eine nochmalige Erhöhung eintreten werde.

Die Opfer des Explosionsunglücks in Benrath. Nach endgültiger Feststellung forderte das Explosionsunglück auf dem rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk Reißholz insgesamt 14 Tote, 21 Schwerverletzte und eine große Anzahl Leichtverletzte. Der Sachschaden ist sehr groß.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

64] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

Raoul Bronsart, der bei dem letzten Besuche des Arztes zugegen war, unterstützte ihn lebhaft und zustimmend bei seinen Worten, Maja lächelte schwermutsvoll und schmerzerfüllt.

Und nun war sie wieder allein in ihrem Heim. Und es gab fürderhin kein Ausweichen mehr und kein Entrinnen vor Raoul Bronsart und vor dem Schicksal.

Durch Erika erfuhren Gertrud und Axel Lindner von Majas Gesundung. Und in Axels Herzen wurde der Wunsch, der ihn die ganze Zeit gequält, nun zum unwiderstehlichen Zwange. Er mußte Maja noch einmal sehen und sprechen, zum letzten Male.

An einem wundervollen Sommermorgen fuhr er zu ihr hinaus in den Grunewald. Im Büro hatte er sich entschuldigt, er wählte diese frühe Morgenstunde, weil er dann am leichtesten einer Begegnung mit Raoul Bronsart auszuweichen glaubte. Aber auch ein Zusammentreffen mit ihm hätte er nicht mehr gescheut, denn er fühlte, seine Ruhe und der Frieden seiner Seele hing davon ab, Maja noch einmal zu sehen.

Sie hatte die Unruhe, daß nun die Entscheidung zwischen ihr und Raoul Bronsart fallen würde, an diesem Tage — dem ersten, nachdem die Pflegeschwester gegangen — nicht lange schlafen lassen. Sie saß im weißen Morgenkleide auf der Veranda, müßig und schwermutsvoll vor sich hinbrütend, als ihr Axel Lindner gemeldet wurde.

Sie war nicht einmal sehr erstaunt über seinen Besuch. Sie hatte so viel an ihn gedacht in den langen Monaten, in denen sie über ihre Gefühle für Raoul und für ihn zur Klarheit gekommen war, daß es ihr nur natürlich schien, daß ihre sehnsuchtsvollen Gedanken ihn zu ihr gezogen.

Er stand stumm vor ihr, zu ergriffen, um zu sprechen, und starrte in ihr süßes, schmales und bleicher gewordenes, leidvolles Antlitz, in ihre großen, schwermutsvollen Augen. Und hielt ihre Hand, die ihm zarter und zerbrechlicher als je erschien, wie eine Kostbarkeit in der seinen, wagte sie nicht zu drücken und berührte sie scheu und ehrfurchtsvoll mit seinen Lippen.

Sie deutete stumm auf einen Stuhl, und er setzte sich ihr gegenüber, rang nach Worten und sagte schließlich nur leise:

„Wie hast du gelitten, Maja, wie unsäglich hast du gelitten!"

Sie schaute ihn an und las in seinen ernsten Zügen, las in seinen Augen, daß er kaum weniger gelitten als sie. Sie sah mit Rührung, daß sein blondes Haar an den Schläfen ergraut war, daß er um Jahre gealtert, daß das Sonnige, Strahlende aus seinem Wesen ausgelöscht schien.

„Um mich, Axel?" fragte sie leise und deutete auf die grauen Haare, „um mich?"

„Um uns beide," sagte er. „Um dich, weil du litteft, und um mich, weil ich es war, der dich leiden machte. Ich kam mir wie ein Verbrecher vor. Maja," schrie er plötzlich auf, „ich muß es dir einmal sagen, ich hätte deine Verurteilung nicht überlebt. Ich wäre verrückt geworden oder gestorben."

Sie lächelte ihm beruhigend zu. „Ich bin frei, Axel. Quäle dich nicht länger mit diesen schrecklichen Bildern."

„Ja, du bist frei!" Er atmete tief auf. „Und nun wollte ich noch einmal aus deinem Munde hören, daß du mir verziehen hast."

„Ich sagte es dir schon einmal, weißt du, Axel, an jenem furchtbaren Tage, daß ich dir nichts zu verzeihen habe. Ich sage es dir heute wieder. Ich habe immer so an dich gedacht, wie du an mich. Das sollst du wissen."

Er murmelte: „Ich dachte in qualvoller Liebe, in unermeßlicher Sehnsucht an dich, Maja. Auch das will ich dir einmal noch sagen. Du aber wirst in all den Schrecknissen, die dich umgaben, kaum Zeit gefunden haben, an mich zu denken."

Sie wiederholte leise und tiefernst: „Axel, ich dachte an dich, wie du an mich dachtest."

„In Liebe?" fragte er leise und staunend und zweifelnd.

„In Liebe," murmelte sie.

„So dachten wir aneinander, Maja, so? Und sollten doch nicht zueinander kommen können? Es muß, ja es muß einen Weg geben, der uns zusammenführt."

„Nein," sagte sie still, „diesen Weg gibt es nicht, Axel. Ich habe darüber nachgedacht, aber ich habe erkannt, daß zwiel zwischen uns steht."

„Raoul Bronsart?" fragte er leise.

„Raoul Bronsart," wiederholte sie.

„Du wirst bald sein Weib sein, wirst mit ihm Deutschland und wohl auch Europa verlassen, Maja. Das habe ich gewußt und darum, um dich noch einmal zu sehen, bin ich gekommen."

Sie sagte: „Axel, ich werde niemals sein Weib. Ich werde niemals mit ihm gehen. Auch das sollst du heute schon wissen."

„Maja!" Es klang wie ein Schrei. „Sage mir, sage mir, warum nicht? Was ist geschehen? Wie willst du dich von ihm lösen?"

„Frage mich nichts mehr, Axel. Nicht nach den Gründen und nicht danach, wie ich freikommen soll von ihm. Denn ich weiß das alles noch nicht. Noch liegt die große Aussprache vor uns beiden. Aber — wie sie auch ausfallen möge — niemals werde ich sein Weib."

„Maja, du liebst ihn nicht mehr?"

„Ich habe ihn niemals wahrhaftig geliebt. Einst schien er mir der Erlöser, der Befreier zu sein, der Mächtige, dem ich mich beugen mußte. Die Liebe aber, wie ich sie von jeher verstand, die kam erst in mein Leben, als ich Raoul Bronsarts Braut seit langem war. Und ich fühlte sie nicht für ihn."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003111-11/fragment/page=0002

Die Wahl des Provinzialausschusses

32. Provinziallandtag der Provinz Sachsen

(Von unserem nach Merseburg entsandten Mitgliede der Redaktion.)

Merseburg, 10. März.

Ein großes „Leid", das sich von Tag zu Tag immer mehr zur grauen Frau Sorge auswächst, geht durch den Saal des Ständehauses am Schloßgarten. Schon beim ersten Zusammentreffen der Parteien klang das leise aus den Worten des mehrheitssozialistischen Redners. Bittend und vorwurfsvoll. Die Unabhängigen gaben das auf ihre Art zurück und nun man wärmer aneinander geworden ist, spricht man das Leid frei und offen aus: warum sind wir denn nicht einig, wir sind doch Brüder eines Gedankens! Der Stoßseufzer kehrt immer wieder und Herr Hörsing, der heute zum ersten Male in der Aussprache das Wort nimmt, legt auch sein Leid durch die Sätze lugen, wenngleich er auch als einer, der in Berlin die Regierungsart der Diplomaten alten Stils sah, nach dem Rezepte verfährt, daß der Diplomat die Sprache besitze, um das zu verbergen, was er gern sagen möchte. Herr Hörsing klagte einerseits die Unabhängigen an, schimpfte dann aber auf die Rechte und katzbuckelte so wieder vor der Linken. Er tat noch mehr. Doch davon später. Jedenfalls ist es nicht leicht, kommissarischer Oberpräsident zu sein . . . .

Der Tag zeigte in aller Deutlichkeit, was das neue System für ein Unheil in einer Institution wie dem Landtag einer Provinz bringen kann. Früher wurden die Wahlen als Punkt der Tagesordnung schnell erledigt. Vorlage auf Vorlage wurde verarbeitet, und in kaum einer Woche war das umfangreiche Programm unter Dach und Fach und die Erfolge konnten sich auswirken zum Segen der Provinz. Wenn man heute arbeiten wollte, wäre das ein doppelter Segen, denn uns tut ein Vorwärtskommen bitter not. Aber man redet! Redet endlos und unermüdlich und schickt immer wieder neue Garnituren an die Wasserflasche (die Unabhängigen trinken bekanntlich viel am Rednerpult, kommt das von der bekannten „Siedehitze", in die man sich hineinredet?). Das heißt: Die Unabhängigen reden und die anderen Parteien nehmen in der Abschattierung von links nach rechts Stellung gegen das, was da behauptet und gesagt wird. Herr Kasparek hatte heute seinen zweiten großen Tag: Aufhebung des Ausnahmezustandes! Auch ich mußte feststellen, was der Demokrat Boer ihm zurief, nämlich, daß die Unabhängigen sich allmählich in die Würde des — „hohen", sagt Herr Kasparek — Hauses finden und sich durch den Geist, der von den „Museums"-Landtagen übrig geblieben ist, polieren und schleifen lassen. Zwar sind noch einige unter ihnen, so der unabhängige Kaufmann Märker aus Teutschenthal, der, wenn ich nicht irre, das Rosenwort am Sonntag tatklos in den Saal schleuderte, die barbaus zeigen wollen, daß sie nun auch da sind. Aber im großen und ganzen geht's. Herr Kasparek ist heute ein anderer als gestern. Mußte wohl auch, denn es gilt ein Reinwaschen von allerlei Fehl. Nämlich, daß erstens die Unabhängigen keine Schuld an den Vorgängen vor dem Reichstag hätten, daß zweitens Mitteldeutschland zwar rot, sehr rot sogar, aber dennoch dank der „Disziplin der Massen" lammfromm und ruhig sei. Na, und dann überhaupt . . . Wir Unabhängigen! „Und da schließt man unsere Versammlungen, verbietet unsere Presse und behandelt uns so, wie sich die jetzigen Mehrheitssozialisten nicht haben vom alten Staate behandeln lassen." Er verließ einige Zeitungsstellen, und da er als Redakteur diese Arbeit aus dem Eff-Eff kennt, liest er weiter und ist auf einmal bei der „Hallescheu Zeitung". „Ja, meine Herren," donnert seine mit Wasser angefeuchtete Stimme, „so schreibt die reaktionäre „Hallesche Zeitung" (im „Volksblatt" drückt er sich aus: alte Ziege aus der Leipziger Straße) und so muß es denn wohl sein." Seine „Verbrüderung" mit der Rechten und der Ausfall auf die Regierung tragen ihm die Bemerkung von den „verwandten Seelen" ein, welch „alten Witz" er dann mit bissiger Hand abtut. Dann steht Hörsing auf. Ich schrieb's schon. Den Ausnahmezustand will er sich ansehen. Worauf die Unabhängigen brüllen! Worauf Herr Hörsing sagt: Ich habe Sie ruhig reden lassen, nun erwarte ich von Sie . . .

Er erwartet zu viel. Die Unabhängigen haben kein Verständnis für die vielen verzeihenden, bittenden, erklärenden, kompromisselnden Worte des Mehrheitssozialisten Bergemann, der nun einmal eine Schwäche für den Nachbarn zur Linken hat. Er lehnt den Antrag der Unabhängigen nicht ganz ab, sondern beschönigt ihn durch ein Zusatzpflästerchen. Die Redner der Demokraten, darunter die des nicht ganz unbekannten Herrn Dornblüth, sind da entschiedener; sie lehnen ab. Die Bürgerlichen, die man gern noch ein wenig mehr in Harnisch sehen möchte, so etwas kampffreudiger, lehnen selbstverständlich auch ab.

Der Beginn der Sitzung, das schrieb ich schon, stand im Zeichen der Wahlen. Die Bürgerlichen hätten noch einen Sitz im Provinzialausschuß mehr erringen können, wenn nicht fünf ihrer Abgeordneten gefehlt hätten. Und da es trotz der gemeinsamen Liste mit den Demokraten weiße Zettel gab, wir schreiben davon an anderer Stelle, so war die Wahl des Vorsitzenden zwar nicht, wie die „Saalezig." meldete, eine deutschnationale Niederlage, so aber doch eine solche der Bürgerlichen.

Als sieben Stunden voller Parteigezänk durch den Saal gestrichen waren und man oft den Zweck des Ganzen über den Schlagworten eingeweihter Revolutionsredner vergessen konnte, packte die Presse die Blätter zusammen. Das war, als in heiseren Tönen der Unabhängige aus dem Suhler Waffenindustriegebiet seine Tiraden den gelichteten Reihen sprach. Wir gaben's für heute auf. Draußen lachte der Sonnenschein.

*

Sitzungsbericht.

Die Sitzung wird um 9 Uhr vom zweiten Vorsitzenden Mittags eröffnet.

Abg. Struß-Genthin berichtet über die Prüfung der Wahlordnung zum Provinzialausschuß und stellt fest, daß die Kandidaten, die der Verhältniswahl entgegenstehen, beseitigt werden müßten. Die Vorlage wird mit einem Abänderungsantrag angenommen, worauf

Oberbürgermeister Dr. Contag

als Berichterstatter feststellt, daß die Wahl erfolgen kann.

Er schlägt 14 Mitglieder und 28 Stellvertreter zum Provinzialausschuß vor.

Darauf wird der Wahlvorstand gebildet.

Nach einer einstündigen Pause, in der die Fraktionen Besprechungen über die zur Wahl vorzuschlagenden Mitglieder abhielten, wird die Wahl vorgenommen. Wir haben bereits in der gestrigen Abendausgabe das Wahlergebnis mitgeteilt. Aus der Wahl zum Vorsitzenden ging, wie auch bereits gemeldet, Oberbürgermeister Beims-Magdeburg hervor. Sein Stellvertreter wurde Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle, der mit einer Stimme Mehrheit gegen den Unabhängigen Daniel auf diesen Posten berufen wurde. Ein Wahlzettel war mit Daniel aus der Löwengrube bezeichnet worden, der als ungültig erklärt wurde. Für die Vertreterwahl waren 133 Stimmen abgegeben worden. Daran schloß sich eine Aussprache über die Stellvertreterschaft. Man wurde sich einig, daß die Fraktionen es selber zu regeln haben, wie die Vertretung erfolgen soll.

Das Haus tritt nun in die Beratung des von Kasparek und Genossen gestellten Antrages:

Provinziallandtag wolle beschließen:

„Der 32. Landtag der Provinz Sachsen ersucht die preußische Staatsregierung dringend, bei der Reichsregierung auf unverzügliche Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Pressevetoe, besonders aber auf sofortige Beseitigung des über Teile der Provinz — Stadtkreis Halle, Landkreise Merseburg, Querfurt und Saalkreis — ohne jeden Grund verhängten verschärften Ausnahmezustandes zu dringen."

Der Antrag wird von Redakteur Kasparek (U. S.) begründet. Der Redner glaubt, daß man wegen Kompetenzbedenken seinen Antrag sofort ablehnen werde. Er weiß auch, daß er auf Widerstand stoßen wird. Das Betriebsrätegesetz ist der Anlaß zu den Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin gewesen, diese Demonstrationen waren durchaus friedlichen Charakters. (Lachen im Hause.) Die Unabhängigen trifft keine Schuld. Von da ab begann die systematische Unterdrückung der Partei der Unabhängigen. Die Mehrheitssozialisten haben die Rolle eines Herrn von Manteuffel übernommen. Sonderbarerweise sind wir uns mit der Rechten in dem Punkte einig, daß die Nationalversammlung keine Daseinsberechtigung mehr hat! Sonst aber auch in nichts. Wenn die Sozialdemokraten zusammenstehen würden, könnten sie die Macht in den Händen halten. Der Redner rechnet mit den Rechtssozialisten ab, die die Schuld an dem jetzigen Unglück trügen. Und er zitiert einen Artikel aus der „Hallenschen Zeitung", der die jetzige Regierung treffend kennzeichnet. (Zuruf der Mehrheitssozialisten: „Verwandte Seelen finden sich!"). In der Zeit, da die Proclamation erhöht wurde und in Halle 1700 Eisenbahnwerkstättenarbeiter ausgesperrt wurden, verbot man das „Volksblatt", jegliche Flugblätter und auch die Versammlungen. Auf dem Boden des revolutionären Kampfes müßten sich die Sozialisten vereinigen. Jetzt sieht die lachende Rechte zu, wie man sich im Bruderlager zerfleischt. Als der Genosse Kunert in der Nationalversammlung anfrug, warum der Ausnahmezustand über Teile von Mitteldeutschland nicht aufgehoben würde, wurde ihm erwidert, daß ja gar kein Ausnahmezustand bestehe. So ist diese Regierung unterrichtet. Ich möchte meine Ausführungen schließen. (Lebhaftes Bravo!) Mit der Hoffnung, daß die Regierung bald den Ausnahmezustand aufhebt und daß Sie unseren Antrag annehmen. Darauf erwidert

Oberpräsident Hörsing:

Meine Herren! Der Abg. Kasparek hat versucht, zu fragen, ob der Landtag zuständig in der Behandlung der Frage über den Ausnahmezustand sei. Ich frage ja. Der Abg. Kasparek hat sich in sehr liebenswürdiger Weise des öfteren mit der Regierung beschäftigt. Er wollte nachweisen, wie falsch die Politik der Regierung am 13. Januar vor dem Reichstag gewesen sei. Der Oberpräsident schildert dann die Vorgänge, die er selber mit erlebt hat.

Ueber den Schluß der Sitzung berichten wir in der Abendausgabe.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 3 Uhr.

Halle und Umgebung

Halle, 11. März.

Feier des Geburtstages der Königin Luise

Die Frauengruppe des Deutschnationalen Volksvereins für Halle und Saalkreis hatte für gestern nachmittag anläßlich des Geburtstages der Königin Luise aufgerufen zu einer Gedenkfeier, die unter sehr starker Beteiligung im Magarisaal stattfand. Frau Geheimrat Meyer begrüßte die Versammelten im Namen des Frauenausschusses. Nach dem Vortrag stimmungsvoller Lieder durch vier junge Damen ergriff die Abgeordnete Frau Margarete Behm das Wort. Sie erinnerte zunächst an den Stolz, an die Freude, mit der wir als Kinder die nationalen Festtage feiern durften, und wies darauf hin, daß heute die Kinder, die den 10. März in der Schule nicht mehr feierlich begehen, nur noch von ihren Eltern hören können von der Königin Luise, die Hoffnung und Glauben trotz des Niederbruchs nicht verlor. Sie ermahnte dann die anwesenden Frauen an ihre Pflicht, alles zu tun, damit wir möglichst bald das Ziel erreichen, das die Deutschnationale Volkspartei erstrebt. Dazu ist es nötig, daß das politische Recht, das den Frauen der November 1918 gebracht hat, voll ausgenutzt wird. Wenn wir die Zukunft wollen, so müssen wir auch das unsympathische Parteitreiben mitmachen. Die Frauen, die politisch noch nicht belastet sind, sind die besten Werberinnen für den deutsch-nationalen Gedanken. Auf christlich-sozialer Grundlage müssen wir versöhnend und werbend wirken. Dafür ist erforderlich, daß wir Vorbilder werden. Wir müssen sein Hüter des Hauses, Hüter der Sitte und Zucht. Wir müssen die Schönheit pflegen — der Schmutz muß aus Deutschland wieder hinaus. Kraft dazu können wir sammeln, wenn wir dessen eingedenk sind, daß keine Not kommt, um uns niederzubrechen, sondern um uns aufwärts zu führen.

Reicher Beifall wurde der Rednerin zuteil. Darauf sprach Fräulein Görling-Merseburg über das Leben der Königin Luise und wußte es in so anschaulicher Art und Weise den Zuhörern darzustellen, daß es sicher allen ein Erlebnis geworden ist.

Die Elternbeiratswahlen im Saalkreis.

Ueber die Elternbeiratswahlen liegen uns aus dem Saalkreise noch folgende Ergebnisse vor (die eingeklammerte Ziffer bedeutet die Anzahl der gewählten unabhängig-sozialdemokratischen Kandidaten):

Osmünde 2 (3), Teicha 2 (3), Kanena 3 (4), Lochau 1 (4), Wiedemar 3 (2), Gutenberg 2 (3), Morl 3 (2), Möhlich 0 (5), Reideburg 3 (2), Burg 2 (3), Wörmlitz 0 (5), Nauendorf bei Reideburg 2 (3), Wallwitz 3 (2), Zwochau 2 (3), Kleipzig 2 (3).

Unpolitische Listen wurden gewählt in Dammendorf, Bruckdorf, Merbitz, Trebitz am Petersberg, Siebich, Pritzschena und Beidersee.

Vortragskalender

des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis.

Am Freitag, den 19. März, abends um 8 Uhr im Thaliasaal Vortrag Dr. Schiele-Naumburg, „Leben oder Untergang im Abendlande". Eintrittskarten 2, 1,50, 1 Mark. Mitglieder 1,50, 1,00 und 0,50 Mark.

Am Donnerstag, den 18. März, abends 7½ Uhr, Hauptrede Reinhold Wulle-Berlin: „Bismarck und wir". Knabenchor, Militärmusik, gestellt durch die Landesjäger. Eintrittskarten für Erwachsene 1,50 Mk., für Jugendliche (unter 20 Jahren) 1 Mk., Nichtmitglieder 2 Mk.

Karten für Mitglieder in der Geschäftsstelle, sonst bei der „Hallenschen Zeitung" und in der Lipperjschen Buchhandlung, Große Steinstraße 78.

— **Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung.** Zur Wahrung ihrer örtlichen Arbeitgeber-Interessen haben sich die Verbände der Industrie des Handels und Gewerbes sowie die Banken zu einer Allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung für Halle a. S. und Vororte zusammengeschlossen. Mitglieder dieser Vereinigung können auch Einzelfirmen werden. Vorsitzender der Vereinigung ist Herr L. Engel in Fa. Engel u. Vogel, Halle a. S. Die Vereinigung berät und unterstützt ihre Mitglieder bei allen Angelegenheiten, welche die Arbeitgeberinteressen berühren, insbesondere in Tarifangelegenheiten und gewährleistet dadurch ein einheitliches Vorgehen der ihr angehörenden Arbeitgeber in allen Fragen der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse und in der Durchführung der abgeschlossenen Tarifverträge. Sie vertritt ferner die Arbeitgeberinteressen gegenüber den Behörden und gewährt ihren Mitgliedern Rechtsschutz in Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung und Beistand bei Verhandlungen, Vereinigungs- und Schlichtungsausschüssen. In eigenstem Interesse aller Arbeitgeber dürfte es liegen, daß sie sich, soweit sie der Vereinigung noch nicht angeschlossen sind, ihr anschließen und es ist mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen mit den Angestellten-Verbänden wegen Abschluß eines neuen Ortstarifes zu empfehlen, daß sie die Aufnahme in die Vereinigung sobald als möglich nachsuchen, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, bei der Vereinbarung der neuen Gehalts- und Arbeitsbedingungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Halle unmittelbar mitzuwirken. Da der neue Vertrag wiederum für allgemein verbindlich erklärt werden wird, so werden für die Folge doch alle Arbeitgeber an den abgeschlossenen Vertrag gebunden sein. Deshalb müssen alle Arbeitgeber ein Interesse daran haben, ihren Einfluß bei dem Abschluß des Vertrages geltend zu machen. Das Gesuch um Aufnahme in die Vereinigung ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Die Geschäftsstelle befindet sich Gr. Ulrichstraße 10 II, Fernsprecher 2197 (ab 15. März: 4169). Zu näheren Auskünften über die Vereinigung, insbesondere über die Beitrittsbedingungen ist der Syndikus der Vereinigung Rechtsanwalt Dr. Trost jederzeit bereit.

— **Drohender Streik der Metallarbeiter.** Nachdem am 2. März die zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den hiesigen Metallarbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarungen abgelaufen sind, haben die seitdem gepflogenen Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnisse geführt. Die von Arbeitnehmerseite gemachten Zugeständnisse wurden in zwei großen Versammlungen, die am Montag nach dem „Volkspark" einberufen waren, von den Metallarbeitern als ungenügend abgelehnt. Es ist nunmehr zur endgültigen Lösung der Angelegenheit der Schlichungsausschuß angerufen worden. Die Metallarbeiter sind fest entschlossen, ihre Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen.

— **Der Verein ehemaliger 36er hatte am Sonnabend im Bad Wittekind einen Vortragsabend veranstaltet,** der sehr gut besucht war. Man fühlte sich in den neuhergerichteten Räumen bei dem Kameraden Herrn Rieser außerordentlich wohl und folgte mit starker Anteilnahme den Ausführungen des Direktors des Zoo, Herrn Dr. Kniesche. Dieser sprach in fesselnder Weise über „Vogelmord und Vogelschutz" und zeigte an der Hand von Lichtbildern, wie ungemein schädlich die Jagd auf die schillernden Farben und bunten Federn mancher bereits vollständig vernichteten Vogelarten gewirkt hat. Der Bund für Vogelschutz läßt es nicht an Bestrebungen zum Schutz unserer kleinen und großen Freunde unter den jetzt wieder erscheinenden Singvögeln fehlen. Mit der Mahnung an die zahlreich erschienenen Damen, doch vom Schmuck mit Federn und Reiherstutzen, denn unzählige Tiere müssen deswegen getötet werden, abzusehen, schloß der Vortragende seine Ausführungen. Mehrere Kameraden wurden neu aufgenommen. Neuaufnahmen aller Kameraden, die die Nummer 36 getragen haben, nimmt der Vorsitzende, Kaufmann Hermann Rühl, Poststraße 11, entgegen.

— **Einen Ferienkursus zur Förderung evangelischer Volkshochschularbeit** veranstaltet der Evang. Soz. Preßverband für die Provinz Sachsen, der seit Sommer 1918 in dieser Arbeit steht, in der Osterwoche vom 7. bis 10. April in Halle. Außer einer Reihe von Hochschullehrern der Universität, haben die drei Generalsuperintendenten der Provinz sowie einige andere Herren Vorträge zugesagt. Aus der Zahl der Verhandlungsgegenstände nennen wir: Christentum und Sozialismus — Die Entwicklung des Staatsgedankens in Deutschland — Einleitende Fragen zur Sittenlehre — Staatsschulden und Staatsbankerott — Kirchliche Volkskunst — Rechtsideale der deutschen Vergangenheit und Zukunft — Die Entstehung der Bibel — Wetterkunde — Das Wesen der Volkskirche — Unsere Volkshochschule — Zur Methodik des Volkshochschulbetriebs — Das Kino im Dienste der Volkshochschule (mit Vorführungen). Die Teilnehmerkarte kostet 10 M., die Tageskarte 5 M. Alle Anfragen und Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Preßverbandes in Halle, Kronprinzenstraße 14, zu richten, die auch die vollständige Vortragsfolge mit Stundenplan verschickt.

Die deutsche Kriegsdenkmünze. Die dem Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände vom Reichsminister des Innern gegebene Antwort, daß der Reichswehrminister „nicht beabsichtigt, der Frage der Stiftung einer Kriegsdenkmünze in ablehnender Zeit näher zu treten", hat in allen Kreisen der Kriegsteilnehmer lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Inzwischen scheint es, daß der Reichswehrminister der Schaffung einer allgemeinen Gedenkmünze für alle Kriegsteilnehmer nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Der Kyffhäuserbund, der eifrige Verfechter dieser allgemeinen Kriegsgedenkmünze ist, in deren Schaffung er eine Ehrenpflicht des Vaterlandes sieht, wird seine Bemühungen um sie fortsetzen und hofft, daß die Stiftung der Gedenkmünze vor sich gehen wird, sobald sich die politische Lage mehr geklärt hat.

— **Einführung einer Holzkarte?** Man schreibt uns: Der außerordentliche Kohlenmangel hat zu einem Verbrauch von Holz zu Heizzwecken geführt, wie er vor dem Kriege niemals bestanden hat. Die Folge davon ist ein starker Mangel an Nutzholz für alle Zwecke. Ganz besonders leidet der Kohlenbergbau unter dem Mangel an Grubenholz, so daß die Kohlenförderung geradezu gefährdet ist. Viele Gemeinden haben mit Rücksicht auf die viel zu geringe Kohlenbelieferung große Käufe für Brennholz abgeschlossen und hierbei auch Grubenholz verschneiden lassen. Ferner fehlt es an Holz für die Papierfabrikation und für die Herstellung von Bahnschwellen. Auch der starke Bedarf an Bauholz kann bei weitem nicht in seinem ganzen Umfang gedeckt werden, da jetzt zahlreiche Siedlungsbauten zur Behebung der Wohnungsnot in Form von Holzhäusern errichtet werden. Durch die Verordnung der Regierung über einen erhöhten Holzeinschlag ist versucht worden, dem Mangel abzuhelfen, aber solange noch immer trotz aller Ausfuhrverbote beträchtliche Mengen von Holz in das Ausland verschoben werden, um an den hohen Weltmarktpreisen zu verdienen, hilft auch diese Maßregel nicht. Es wird daher an amtlichen Stellen ernstlich eine Zwangsbewirtschaftung des Holzes erwogen. Ob es zu einer solchen kommen wird, ist im Augenblick noch nicht entschieden. Wird eine behördliche Regelung des Holzverbrauchs eingeführt, dann ist auch eine Rationierung des Verbrauchs in den Privatwirtschaften unerläßlich. Unterrichtete Kreise wollen wissen, daß wir demnächst neben der Kohlenkarte auch eine Holzkarte haben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192003111-11/fragment/page=0003

— **Bildungskursus der Liga zum Schutze der deutschen Kultur in Merseburg.** Es wurde in den Lehrgängen fortgefahren. Die Zahl der Teilnehmer ist noch beträchtlich gestiegen. Der Verlauf zeigte wieder, daß solche Kurse geradezu eine Notwendigkeit sind, weil eben Aufklärung über die ganze gegenwärtige Entwicklung geboten wird, wie sie selbst gerade in Arbeiterkreisen nicht zu erhalten ist; darum nicht, weil die gegenwärtigen Verhältnisse einzig und allein durch die parteipolitische Brille gesehen werden. Es sprach wiederum Dr. Dietrich-Berlin, und zwar über „Führung in Politik und Wirtschaft". Die Betrachtung der Dinge, wie sie sich in Deutschland jetzt gebildet haben, führt ihn zu dem Schluß, daß seit Jahrzehnten das deutsche Volk von Nichtigkeiten unterhalten wird. Diese Entwicklung, die in der Film-Industrie sozusagen ihren geistigen Ausspruch findet, läßt die Einrichtung eines Kultur-Diktators nicht nur als wünschenswert, ja geradezu als eine Notwendigkeit erscheinen. Heute ist die Frage die: „Wie können wir das deutsche Volk ohne größere und schwerere Krisen ernähren und kleiden?" Es gibt nur ein Mittel. Die Produktion muß gesteigert werden, in allen lebenswichtigen Zweigen. Jeder muß arbeiten! Wir brauchen eine ganz strenge Abschließung der Grenzen und eine ebenso strenge Ueberwachung der über die Grenze kommenden Sachen. — Wie können wir die Ernährung unbedingt sicher stellen? Der Landwirtschaft muß das bezahlt werden, was sie unter Einrechnung aller Unkosten für die Wiederinstandsetzung ihrer Wirtschaft benötigt. Alle Maßnahmen müssen auf die Erhöhung der Produktion eingestellt werden. Produktionspolitik ist letzten Endes Wohlstandspolitik. Man kann keine Konsumtionspolitik treiben, man kann nur Produktionspolitik treiben. Ueber diese hier kurz zusammengedrängten Gedankenreihen entspann sich eine außerordentlich lebhafte Aussprache, aus der wiederum hervorging, daß die Hörer doch von so manchen irrigen Vorstellungen, die sie über unsere Wirtschaft gehabt haben, zurückgekommen sind, und daß ein gegenseitiges Verstehen allemal in die Wege geleitet werden kann.

— **In der gemeinsamen Sitzung des Vereins für Erdkunde und des Kolonialvereins** am Montag abend gedachte der Vorsitzende des Kolonialvereins, Professor Dr. Schenck, des Ablebens des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg. Darauf sprach Oberlehrer Dr. Hammer-Wittenberg über „Samoa, Land und Leute". Die Inselgruppe, auf der zuerst das Hamburger Handelshaus Godefroy Niederlassungen gegründet hat, besteht aus vulkanischen Gesteinen, einige Feuerberge haben noch in den letzten Jahren glühende Lavaströme zum Meere hinabgesandt. Der gute, tiefgründige Boden gestattet auf dem flacheren Vorland der Gebirge den Anbau von Kakao und Kautschuk. Der wichtigste Handelsartikel ist das Fleisch der Kokosnuß, die zur Seifen- und Butterbereitung verwandte Kopra. Die starken Niederschläge lassen bis 1650 Meter Höhe üppigen Urwald gedeihen, die Seewinde wirken angenehm kühlend und schaffen ein vorzügliches, gemäßigtes, tropisches Klima. Den Männern liegt die Beschäftigung mit den Gewerben, Handwerkerarbeit, des Haus- und Bootsbau, sowie das Kochen ob, die Frauen flechten und bedrucken Stoffe, die aus Blattrippen hergestellt werden, und sind im Fischfang äußerst geschickt. Zahlreiche Lichtbilder erläuterten die Ausführungen des Vortragneden, der auch aus seiner Tätigkeit als Beobachter im Observatorium zahlreiche Gebrauchsgegenstände mitgebracht hat und vorlegte.

— **Die 42. Missionskonferenz in der Provinz Sachsen** wird am Montag und Dienstag, den 26. und 27. April in Halle stattfinden. Den Vortrag in der Hauptversammlung am Dienstag hält Missionsinspektor Würz-Basel über die zeitgemäße Frage: „Wie können wir noch Mission treiben?" Für Montag abend soll über „Unterschied und Verwandtschaft zwischen Heidenmission und heimatlicher Volksmission" verhandelt werden. Die Eröffnungspredigt hat Pfarrer Graf Lüttichau-Berlin zugesagt, der lange Jahre in Konstantinopel tätig gewesen ist. Die Sonderveranstaltungen sowie die Versammlungen für ärztliche Mission, für Religionswissenschaft, die Missionslehrerkonferenz und der akademische Missionsabend werden in gewohnter Weise stattfinden.

— **Duci von Kerekjarto.** Infolge Paßschwierigkeiten hat sich die Abreise des ungarischen Geigenkünstlers bis auf Ende März verzögert, so daß es der Konzertdirektion Reinhold Koch gelungen ist, den hier so stark verehrten Geiger zu einem vierten Konzert zu verpflichten. Saalschwierigkeiten zwingen allerdings zu einem Mittagskonzert am Sonntag, den 21. März, vormittags 11 Uhr im Thaliasaal. Kerekjarto hat diesmal ein besonders wirkungsvolles Programm zusammengestellt, u. a. die berühmten Folia-Variationen von Corelli, eine der charakteristischen Czardasszenen von Hubay, und auf vielfachen Wunsch „Die Nachtigall" von Sarasate. Karten sind bereits zu haben bei Reinhold Koch.

— **Andreas Weißgerber**, ein junger hochbegabter Geigenkünstler, über den die musikalische Fachpresse in Berlin, Dresden, München die lobendsten Berichte bringt, wird sich am 19. März im „Mozartsaal" hier vorstellen. Karten bei H. Hothan.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Walter Lohde und Klara Zachert. — Bruno Wolfermann-Dölau und Minna Bachmann. — Otto May und Elsbeth Leirich.

Todesfälle: Am 9. März Otto Kühnast im 41. Lebensjahr. — Am 9. März Zigarrenfabrikant Karl Kaiser im 68. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

Zur Frage der Landlieferungsverbände

Nach dem Reichssiedlungsgesetz sind die Eigentümer der „großen Güter", d. h. mit 100 Hektar und darüber, zu Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen. Die Landlieferungsverbände haben die Aufgabe, auf Verlangen der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen zu Siedlungszwecken geeignetes Land aus dem Bestande der großen Güter zu angemessenem Preise zu beschaffen. Das Recht des Landlieferungsverbandes, geeignetes Siedlungsland aus dem Besitzstande der großen Güter im Wege der Enteignung in Anspruch zu nehmen, ist gegeben, wenn ein dringendes Bedürfnis nach besiedlungsfähigem Land besteht, das auf andere Weise, namentlich durch Bereitstellung von Domänen oder von Moor- und Oedland bzw. im Wege des freihändigen Ankaufs oder durch die Ausübung des Vorkaufsrechts in zweckmäßiger Weise nicht befriedigt werden kann. Muß der Landlieferungsverband große Güter im Wege der Enteignung in Anspruch nehmen, so sollen die Güter, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht vorbildlich wirken, möglichst verschont bleiben. Der Landlieferungsverband wird es, wie Geheimer Oberregierungsrat Dr. Krause im Januarheft des Ministerialblattes für Landwirtschaft (Paul Parey) des längeren ausführt, als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachten müssen, seine Mitglieder dahingehend zu beeinflussen, daß sie es auf einen Zwang nicht ankommen lassen, sondern freiwillig in möglichst großem Umfange Siedlungsland zur Verfügung stellen oder selbst einen Teil ihres Grundbesitzes besiedeln. Wenn in großem Umfange gesiedelt werden soll, **läßt sich die bereitwillige Mitwirkung der Grundbesitzer nicht entbehren.** Die vielfach herrschende Auffassung, als wenn dem einzelnen Grundbesitzer eine gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe eines bestimmten Anteils seines Besitzes obläge, trifft nicht zu. Die Pflicht zur Beschaffung von Land fällt ausschließlich dem Landlieferungsverbande zu.

d. **Halberstadt**, 10. März. (Zu einem Bruch zwischen Magistrat und sozialdemokratischer Stadtverordnetenmehrheit) kam es in der gestrigen Stadtverordnetensitzung wegen der Theaterfrage. Der Magistrat hatte in der Sitzung den Antrag gestellt, trotz des Beschlusses der sozialdemokratischen Mehrheit die Theaterfrage vorläufig zu vertagen, bis eine weitere Klärung in der Finanz- und Kohlenfrage eingetreten sei. Dagegen erhoben sowohl die Mehrheits- wie die Unabhängigen Sozialisten ein groß Geschrei. Sie behaupteten, daß der Magistrat in seiner Zusammensetzung nicht die Interessen der Mehrheit der städtischen Bevölkerung vertrete, erblickten in der Stellung des Magistrats zur Theaterfrage eine Brüskierung der Stadtverordnetenmehrheit und eine Schädigung des Allgemeinwohls der Stadt. Sie traten scharf für ihren Antrag ein, das Stadttheater, abgesehen von der Finanzfrage, auch im nächsten Winter unter städtischer Verwaltung fortzuführen, und sprachen dem Magistrat ihr Mißtrauen aus. Der Führer der Unabhängigen, Moericke, richtete scharfe Angriffe gegen den abwesenden Oberbürgermeister und den abwesenden Führer der Bürgerlichen, Kommerzienrat Klamroth, die vom Magistrat entschieden zurückgewiesen wurden. Im Verlaufe der Aussprache stellten die Sozialdemokraten den Antrag, als Protest gegen die Stellung des Magistrats in der Theaterfrage die Sitzung abzubrechen und auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Der Antrag wurde angenommen.

sk. **Plauen i. V.**, 10. März. (Knabenmord.) Das sechsjährige einzige Söhnchen des im Kriege gebliebenen Bankbeamten Franke aus Plauen, dessen Mutter im Nachbarorte Mahltheuer wohnt, wurde am Montag mittag in einem Gebüsch unweit des Dorfes mit durchschnittener Kehle und zertrümmertem Schädel ermordet aufgefunden. Der Kleine war Sonntag nachmittag zu seiner Tante, der Wirtin vom „Waldhaus" bei Mehltheuer, gegangen, um deren Sohn zum Fußballspiel abzuholen, und ist von diesem Wege nicht wieder zurückgekehrt. Dem Anschein nach ist an dem Kinde ein Lustmord verübt worden. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

sk. **Leipzig**, 10. März. (Für 250 000 Mark Rauchwaren gestohlen.) In der Zeit vom 6. zum 7. März ist aus einer Rauchwarenhandlung in der Ritterstraße ein großer Posten Rauchwaren im Werte von 250 000 Mark gestohlen worden. Es handelt sich hauptsächlich um kostbare Marder- und Fuchsfelle. Für Wiedererlangung der gestohlenen Rauchwaren und Ermittelung der Täter sind 5000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestatte

Benachteiligung in der Wagengestellung des mitteldeutschen Reviers

In den letzten Tagen gehen zahlenmäßige Mitteilungen durch die Tageszeitungen, welche dartun sollen, daß sich die Wagengestellung im Ruhrrevier trotz der Erkrankungen im Eisenbahnpersonal in den letzten Wochen beträchtlich gebessert hat. Diese Ziffern würden ein erfreuliches Zeichen für die Gesundung unserer Verkehrsverhältnisse abgeben, wenn sie nicht nur für den Ruhrbezirk, sondern auch für die übrigen deutschen Wirtschaftsgebiete Gültigkeit hätten. Leider trifft dies ganz und gar nicht zu. Vor allen Dingen ist die Benachteiligung des mitteldeutschen Industrie-Reviers gegenüber der Ruhr ganz außerordentlich. Die in der Vossischen Zeitung vom 4. März (Nr. 118) mitgeteilten Gestellungsziffern des Ruhrreviers vom 23. Februar bis zum 3. März verglichen mit den entsprechenden Gestellungsziffern im Eisenbahndirektionsbezirk Halle zeigen am augenfälligsten die stiefmütterliche Behandlung Mitteldeutschlands.

Ruhrrevier:

Es wurden		gestellt		es fehlten
am 23.	Februar	gestellt	15 781 Wagen,	es fehlten 4486
„ 24.	„	„	16 643 „	„ „ 5987
„ 25.	„	„	17 855 „	„ „ 5548
„ 26.	„	„	16 116 „	„ „ 7725
„ 27.	„	„	17 496 „	„ „ 6958
„ 28.	„	„	16 184 „	„ „ 8783
„ 1.	März	„	17 286 „	„ „ 6259
„ 2.	„	„	19 614 „	„ „ 4999
„ 3.	„	„	23 570 „	„ „ 2050

Eisenbahndirektionsbezirk Halle:

Es wurden		gestellt		es fehlten
am 23.	Februar	gestellt	4008 Wagen,	es fehlten 4070
„ 24.	„	„	4209 „	„ „ 4056
„ 25.	„	„	3918 „	„ „ 4046
„ 26.	„	„	3707 „	„ „ 4670
„ 27.	„	„	3332 „	„ „ 5395
„ 28.	„	„	3620 „	„ „ 4793
„ 1.	März	„	3717 „	„ „ 4545
„ 2.	„	„	3913 „	„ „ 4880
„ 3.	„	„	3748 „	„ „ 4929

Im Ruhrbezirk betrug am 23. Februar die Zahl der fehlenden Wagen 28,5 Proz. der gestellten, am 3. März waren es nur noch 8,7 Proz. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle wurden — mit Ausnahme vom 24. Februar — während der gesamten Berichtszeit erheblich viel mehr Wagen nicht gestellt als gestellt und zwar betrug die Zahl der nichtgestellten von der der gestellten am 23. Februar 101,5 Proz., am 3. März dagegen 131,2 Proz. In diesen wenigen Ziffern enthüllt sich eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen das mitteldeutsche Industrierevier. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Eisenbahnverwaltung ihre ganze Sorgfalt auf den Ruhrbezirk richtet, damit unseren Feinden nur ja keine Tonne an der im Friedensvertrag erpreßten Wiedergutmachungskohle fehle, während sie darüber den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vernachlässigen zu können glaubt, weil dieser ja „nur" den deutschen Hausbrand versorgt. Sich gegen diese empörende unterschiedliche Behandlung zu wehren, ist nicht nur Sache der Unternehmungen, sondern auch der Konsumenten. Die Eisenbahnverwaltung hat nicht das Recht, ein Wirtschaftsgebiet fortgesetzt systematisch zu vernachlässigen, um ein anderes dafür entsprechend zu begünstigen. Wie im politischen Leben so ist auch hier „Gleiches Recht für alle" zu fordern.

Aktiengesellschaften

Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik. Die Generalversammlung beschloß gestern einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 Mill. Mk. auf 3 Millionen durch Ausgabe von 1250 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1200 M., für die das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist. Die neuen Aktien nehmen für das Geschäftsjahr 1919/20 zur Hälfte und ab 1. Juli 1920 voll an der Dividende teil. Die Kapitalserhöhung wird durch die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Rohstoffpreise begründet. Der Handelsminister hat gegen die Kapitalserhöhung nichts einzuwenden. Einige notwendig gewordene Satzungsänderungen wurden einstimmig genehmigt.

✱ **Anhaltische Kohlenwerke.** Seitens der Generalversammlung sind die Anträge der Verwaltung genehmigt. Die sofort zahlbare Dividende ist auf 6 Prozent Vorzugsaktien und 10 Prozent Stammaktien festgesetzt.

✱ **Vereinigte Fränkische Schuhfabriken vorm. Max Brust, vorm. B. Berneis in Nürnberg.** Der Aufsichtsrat beschloß, der am 30. März 1920 stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent und eines Bonus von 4 Prozent (i. V. 14 Proz.), sowie die Erhöhung des Aktienkapitals von 9 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark vorzuschlagen. Des weiteren wurde die Ausgabe einer Obligationenanleihe in Höhe von 5 Millionen Mark beschlossen.

Die Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther A.-G. in Hohenberg bringt eine Kapitalserhöhung um 3½ auf 7 Mill. Mark in Vorschlag. Den Aktionären sollen 2½ Mill. Mark neue Stammaktien zum Kurse von 140 Prozent zum Bezuge angeboten werden, während 1 Mill. Mark 5prozentige Vorzugsaktien an die A.-G. C. Tielsch u. Co. in Neu-Altwasser begeben werden.

Kapitalsverdoppelung der Alkaliwerke Ronnenberg. Die Generalversammlung soll u. a. über die Verdoppelung des bisher 22 Mill. Mark betragenden Grundkapitals beschließen, wobei der Antrag derart formuliert ist, daß die Erhöhung bis 22 Mill. Mark erfolgen soll.

Die Dresdener Handelsbank erhöhte ihr Kapital um 1,8 auf 8 Mill. Mark.

Hildesheimer Bank. Das Institut beantragt eine Kapitalserhöhung von 12 auf 20 Millionen Mark.

Industrie, Handel, Handwerk

Börsenstimmungsbild. Da sich bezüglich der zugunsten Deutschlands geplanten Hilfe durch Aufnahme einer großen ausländischen Anleihe der Widerstand Frankreichs stärker bemerkbar macht, gehen an der Börse auch die Meinungen über die Wirkung hinsichtlich der Gesundung unserer Valuta und unserer wirtschaftlichen Lage stark auseinander. Dieser verschiedenartigen Beurteilung entsprach auch anfangs die Ungleichmäßigkeit in der Kursbewegung. Neuen, nicht unerheblichen Rückgängen, besonders in Valutapapieren, wie Kanada, Baltimore, Mexikaner und in milderem Grade in Montan-, Farb-, Elektro- und Kaliaktien, standen Besserungen in einzelnen Werten, wie besonders Deutsch-Ueberseе-Elektrischer, Otavi, einzelnen Montan-, Farb- und Schiffahrtswerten gegenüber. Als sich aber im freien Verkehr das Sinken der ausländischen Devisenpreise infolge höheren Markkurses im Auslande stärker fortsetzte, wurde die Verkaufsbewegung allgemeiner, und die Kurse büßten vorübergehend erzielte Erholungen nicht nur wieder ein, sondern die Mehrzahl stellte sich in mäßigem Umfange weiter niedriger. Dies gilt besonders von Valuta- und Kolonialpapieren. Hand in Hand mit dem Abbau der ausländischen Devisenpreise vollzog sich eine starke Kaufbewegung in heimischen Rentenwerten, so daß Kriegsanleihe bis 79¾ und besonders die alten preußischen und Reichsanleihen stiegen; namentlich vierprozentige Reichsanleihe, österreichische und ungarische Renten behaupteten ihren Kursstand. Die Stimmung blieb im weiteren Verlauf ziemlich nervös.

Produktenbericht. Infolge der Erhöhung der Markvaluta im Auslande setzte sich auch heute der Rückgang der Preise im Produktenmarkt in verstärktem Maße fort. In Hafer lagen große Verkaufsaufträge zu niedrigeren Preisen als gestern vor. Die Käufer verhielten sich jedoch abwartend. Auch in Haferfabrikaten war viel Material angeboten. In Hülsenfrüchten überwog das Angebot gleichfalls die Nachfrage. Die Preise für Serradella waren gleichfalls weiter rückgängig. In Sämereien ist das Geschäft ebenfalls stiller geworden. Wetter schön.

Berliner Börsenberichte

Hafernotierungen:

Berlin, 10. März. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark, loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —,— Mk., sofortige Abladung ab Abladestationen 4600—4680. Tendenz: fest.

Devisen-Notierungen:

Berlin, 10. März.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	2697	7203	New-York	74,90	75,10
Brüssel-Antwerp.	604,40	605,60	Paris	564,40	565,60
Christiania	1323½	1326½	Schweiz	1273¾	1276¼
Kopenhagen	1248¾	1251¼	Spanien	1323¾	1326¼
Stockholm	1548½	1551½	Wien (altes)	34,96	35,04
Helsingfors	400,10	400,90	Oesterreich abgest.	34,96	35,04
Italien	399,60	400,40	Prag	84,90	85,10
London	279,70	280,30	Budapest	27,97	28,03

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½ % Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,50
5 % Deutsche Reichsanl.	79,60
4 „ „ „	76,—
3½ „ „	67,25
3 „ „	68,—
4 Preuss. Konsols	75,20
3½ „ „	65,50
3 „ „	63,75
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—
4 % n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	105,25
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—
4 „ „	—,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	37,90
4 Ungar. Gold-Rente	74,50
4 Ungar. Kronen-Rente	44,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	109⅞
Halle-Hettstedter	95,—
Schantungbahn	590,—
Allg. Lokal-Str	164,50
Gr. Berl. Str.	145,—
Magdeburger Str.-B.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	725,—
Orientbahn	336,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	145⅛
Hambg.-Südamerika	270,—
Hansa-Dampfschiff	379,—
Nordd. Lloyd	175⅛
Banken:	
Bank für Thür.	159,50
Berl. Handelsges.	225,—
Comm u. Diskontobank	179,—
Darmstädter Bank	145,—
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	301,—
Diskonto-Comm.	230,—
Dresdner Bank	184,—
Credit-Anst. Leipzig	181,—
Mitteld. Kreditbank	154,50
„ Privat-Bank	170,—
Nationalbank	145,—
Oesterr. Kredit	127,50
Reichsbank	160,25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	310,—
Akt. f. Anilin	305,—
Allgem. Elektr.-Ges.	365,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	340,—
Annaberger Steingut	346,—
Badische Anilin	527,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	252,—
Berl. Masch.-Bau	530,—
Bismarckhütte	393,25
Bochumer Gußstahl	367,75
Chem. Fabrik Buckau	—,—
Chem. Griesheim	330,—
Chem. v. Heyden	425,—
Consolidation Schalke	480,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	322,—
Deutsch-Luxemburg	345,—

Deutsche Ueberseе-El.	1485
Deutsche Erdöl	733,—
Deutsche Gasglühl.	—,—
Deutsche Kali	490,—
Deutsche Waff. u. Mun.	450,—
Donnersmarckhütte	379,—
Döring u. Lehrmann	155,—
Dürkoppwerke	—,—
Elberfelder Farben	438,—
Engelhard Brauerei	382,50
Felten u. Guilleaume	—,—
Gasmotoren Deutz	240,25
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	310,—
Gelsenkirch. Bergb.	361,50
Glauziger Zuckerfbr.	515,—
Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Hann. Masch.	450,—
Harpener Berg	371,—
Hasper Eisen	370,—
Hirsch Kupfer	399⅞
Höchster Farbw.	390,—
Hoesch Eisen u. Stahl	—,—
Hohenlohe-Werke	—,—
Humboldt-Masch.	210,—
Ilse-Bergbau	—,—
Kahla-Porzellan	650,—
Kaliw. Aschersleben	500,—
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	247,—
Lahmeyer u. Co.	220,—
Lauchhammer	357,—
Laurahütte	—,—
Lingel. Erfurt	344,50
Linke u. Hofmann	550,—
Ludwig Loewe u. Co.	420,—
Lothringer Hütte	330,50
Mannesmannröhren	350,—
Maschinenfabr. Buckau	290,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	242,50
do. Caro Heg.	252,—
do. Kokswerke	348,—
Orenstein u. Koppel	345,—
Phönix-Bergb.	516,—
Rhein. Metall-Vorz.	320,—
Rhein. Stahlwaren	440,—
Riebeck. Montan	355,—
Rombacher Hütten	350,—
Rositzer Braunk.	—,—
Rositzer Zucker	270,—
Sangerhäuser Masch.	—,—
Hugo Schneider u. Co	360,—
Schuckert u. Co.	219,50
Siemens u. Halske	320,—
Stettiner Chamotte	313,75
Stettiner Vulkan	280,—
Stollberger Zinkh.	375,—
Strals. Spielkarten	—,—
„Terra", Samen-A.-G.	314,—
Thale-Eisenhütte	592,—
Triptis-Akt.-Ges.	320,—
Türkische Tabakregie	1396
Ver. Köln-Rottweiler	406,—
Glanzstoff Elberf.	1399
Wegelin u. Hübner	—,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	675,—
Wittener Gußstahl	752,—
Wrede-Mälzerei	130,—
Zeitzer Masch.	569,—
Zellstoff Waldhof	306,—
Otavi-Minen	950,25

Tendenz matt

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Sellheim.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.